

Pro & contra Bis zu zwei Milliarden Euro sollen mit einer Reichensteuer ins Staatssäckel fließen

Vermögenssteuern: Viel Lärm um nichts



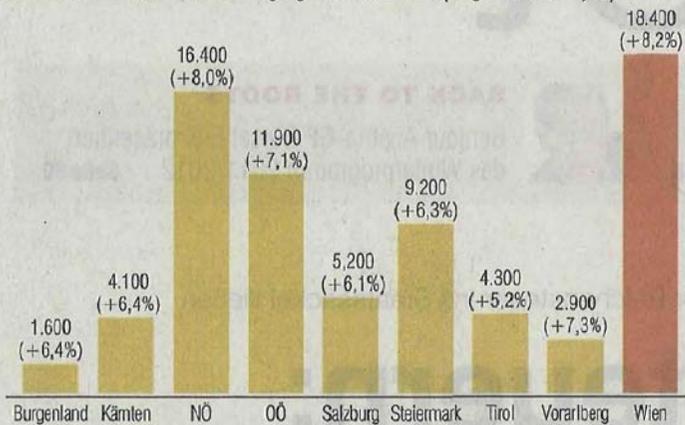
© BDO Austria, Lukas Ehrhart, Graf & Pitkowicz, PwC

Friedrich Rödler, PwC, Alexander Isola, Graf & Pitkowicz Rechtsanwälte, Karl Bruckner, BDO Austria, und Roland Graf, Wirtschaftsforum der Führungskräfte.

Money, money, money Im Streit um Vermögenssteuern setzt die Regierung jetzt eine Expertengruppe ein. **media**net hat bei den heimischen Steuerexperten nachgefragt, was sie ihrer vermögenden Klientel raten würden.

MILLIONÄRE IN ÖSTERREICH 2010

mit mind. einer Million Euro ohne eigengerutzte Immobilie (Vergleich zum Vorjahr)



Quelle: APA/StaWalluga Analyse; Grafik: Raimund Appl



© iStockphoto/Kevin Millar

Rundruf Wie beurteilen namhafte Steuerexperten die Idee einer neuen Vermögenssteuer – und wie kann man ihr entkommen?

Experten weisen Wege aus der Vermögenssteuerfalle

Fazit: Wer ausreichend mobil ist, kann dieser Belastung entfliehen; andere Länder, andere Steuern.

Wien. „Wenn das Mittelstand ist, ist der Himalaya eine Tiefebene“, kritisierte SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder am Donnerstag den Plan der schwarzen Finanzministerin Maria Fekter, die oberste Einkommensgruppe durch Anhebung des Spitzensteuersatzes zu entlasten. Statt der von Fekter angepeilten „Entlastung für mehr als eine Viertelmillion Österreicher“ verfolgt die rote Hälfte der Bundesregierung nach wie vor den Plan, per neuer Vermögenssteuer „die obersten 80.000 zu erwischen“, wie der Kanzler markig angekündigt hatte – jene, „die ein Privatvermögen von über einer Million haben“.

Die Fakten: Die Gesamtsteuereinnahmen betragen in Österreich 78,4 Mrd. €. Davon kommt der Löwenanteil vom sogenannten Mittelstand – 22,7 Mrd. € (29%) aus der Mehrwertsteuer, 27,8 Mrd. € (35,5%) aus Lohn- und Einkommenssteuer. Andererseits wird Vermögen durch Kapitalertrags- und Grundsteuer – je nach Kumulationsmethode natürlich auch per Einkommenssteuer – erfasst. Dezidiert gegen eine neue Vermögenssteuer wendet sich

„In zehn Jahren ist auch eine Million Euro kein so riesiges Vermögen mehr.“

FRIEDLICH RÖDLER, PWC

aus ähnlichen Gründen der Wiener Industriellen-Präsident Georg Kapsch: „Es gibt Länder, die eine hohe Einkommens- und andere, die hohe Vermögenssteuern haben. Beides zusammen funktioniert aber nicht“, weil damit der Anreiz zum Sparen bzw. zur Bildung von Kapital verloren gehe.

„Kapitalvermögen, das heißt Bankguthaben, Sparbücher oder Anleihen, kann nur dann vermögens-

besteuert werden“, hält Steuerexperte und BDO Austria-Gesellschafter Karl Bruckner fest, „wenn das Endbesteuerungsgesetz aus 1993, das ein Verfassungsgesetz ist, mit Zweidrittelmehrheit geändert wird.“ Dieses Gesetz nämlich schreibt vor, dass die Vermögenssteuer auf das genannte Kapitalvermögen bereits mit der KESt abgegolten ist und keine weitere Vermögenssteuer darauf erhoben werden darf.

„Die Gesetzgebung und die Rechtsprechung der letzten Jahren kann man nur als stiftungsfeindlich bezeichnen.“

ALEXANDER ISOLA
GRAF & PITKOWITZ

Was Bruckner seiner vermögenden Klientel raten würde, die sich dennoch auf die Einführung einer neuen Vermögenssteuer vorbereiten will? „Wie man die Steuer zumindest teilweise vermeiden kann, kann man derzeit nicht sagen, weil Details zum Vermögensbesteuerungskonzept fehlen“, sagt Bruckner. „Wäre zum Beispiel Betriebsvermögen steuerfrei, so könnte man vielleicht steuerschonend Privatvermögen in das Betriebsvermögen verlagern.“ Die sicherste Möglichkeit, der Steuer zu entgehen, ist seiner Ansicht nach jedoch der Wegzug aus Österreich – beispielsweise nach Bratislava, wo es keine Vermögenssteuer gibt. Alle Wohnsitze in Österreich müssten aufgegeben werden; dann könnte, so der Experte, nur in Österreich verbleibendes Grundvermögen und allenfalls Betriebsvermögen mit einer Vermögenssteuer belegt werden. Bruckner: „Ich habe derzeit auch bereits mehrere Anfragen von Klienten, welches

Land sich für eine Steuerflucht besonders eignen würde – nämlich wo es weder eine Vermögenssteuer noch eine Erbschaftssteuer und überdies eine niedrigere KESt als in Österreich gibt.“

„Standortschädlich“

Friedrich Rödler, Senior Partner bei PwC Österreich, kann einer Wiedereinführung der Vermögenssteuer ebenfalls nichts abgewinnen. Allein schon die Administration wäre extrem aufwendig, befindet Rödler. Man müsse jedenfalls eine Kosten-Nutzen-Rechnung aufstellen. Wenn schon vermögensbezogene Abgaben, dann seien Erbschafts- und Schenkungssteuer der gerechtere Ansatz. Rödler: „Die, die man erwischen will, die Superreichen, sind sehr mobil – und es gibt andere schöne Orte, wo man wohnen kann und wo es keine Vermögenssteuer gibt.“ Sein Tipp: „Vermögen anschaffen, das nicht der Steuer unterliegt: Häuser und Wohnungen in Ländern, die einem Doppelbesteuerungsabkommen unterliegen und wo ein anderes Land die Steuern einhebt.“ Und, so Rödlers Einschätzung, wenn man die Inflation in Betracht ziehe: „In zehn Jahren ist auch eine Million Euro kein so riesiges Vermögen mehr.“

„Verantwortungslos“ und „standortschädlich“, so war die Manager-Interessenvertretung Wirtschaftsforum der Führungskräfte (WdF) in die Diskussion eingestiegen. Denn: Schon die Ankündigung einer „Reichensteuer“ könne Verlagerungen von Firmenstandorten und Kapital provozieren. „Die Kritik des WdF ging vor allem dahin, dass Ankündigungen ohne konkrete Pläne erfolgen“, erklärt WdF-Generalsekretär Roland Graf. „Die reine Vermutung, dass die Reichensteuer zwischen 500 Millionen und zwei Milliarden Euro, zeigt allein schon aufgrund der Bandbreite diese Zumutung ohne Substanz.“ Derzeit flüchte das Kapital auf Verdacht hin und suche einschlägige Beratung im In- und Ausland.

Gegen fundierte Pläne und Berechnungen wie diejenigen des Wirtschaftsforschungsinstituts

(Wifo) bestehe hingegen grundsätzlich kein Einwand, sagt Graf. Margit Schratzenstaller vom Wifo hatte am Dienstag im „Ö1-Morgenjournal“ argumentiert, dass der Staat bei Abgaben auf Eigentum relativ leicht zu mehr Geld kommen könnte. „Die Grundsteuer ist hierzulande seit Jahrzehnten unverändert“, so Schratzenstaller. Schon die Umstellung vom meist deutlich niedrigeren Einheitswert auf den Verkehrs- (in der Landwirtschaft Ertrags-)wert würde also mehr Einnahmen bringen. Nach einer Studie der Nationalbank gehören zehn Prozent der Österreicher 60% des gesamten Immobilienvermögens.

Fluchtpunkt Stiftung?

„Die bisherigen Ankündigungen wollen den klassischen Einfamilienhausbesitzer und den Wohnungseigentümer ungeschoren lassen“, so Graf; „bei der Gemeinde Wien als einem der größten Immobilienbesitzer würde es aber zur Überwälzung der Steuer auf die Mieter – ebenso wie bei allen anderen Vermietobjekten – kommen. Ob auf diese Weise das vorgerech-

„Die sicherste Möglichkeit, der Steuer zu entgehen, ist der Wegzug aus Österreich, zum Beispiel nach Bratislava, wo es keine Vermögenssteuer gibt.“

KARL BRUCKNER, BDO AUSTRIA

nete Ziel erreicht werden kann, darf schon mangels bisheriger Umsetzung bezweifelt werden.“ Standortförderlich sei die Besteuerung von Liegenschaftseigentum nicht.

Der richtige Weg sei vielmehr

„eine einfachere handhabbare Steuer mit Anreizen oder sogar Tarifsenkungen für Leistungsträger zur Konsumentanhebung“, meint Graf. „bei gleichzeitiger Ausnutzung aller Einsparpotenziale in Verwaltung und im Förderungsdschungel zwischen Bund, Ländern und Gemeinden“.

Wäre es sinnvoll, als potenziell Betroffener sein Vermögen in der Hoffnung auf Steuerschonung vorbeugend in eine Stiftung einzubringen? „Aufgrund der aktuellen Diskussion und der Gesetzesänderungen in letzter Zeit gehen wir davon aus, dass auch Privat-

„Derzeit flüchtet das Kapital auf Verdacht hin und sucht einschlägige Beratung im In- und Ausland.“

ROLAND GRAF, WdF

stiftungen mit weiteren Steuerbelastungen zur rechnen haben“, gibt Alexander Isola, Partner von Graf & Pitkowitz Rechtsanwälte, zu bedenken. Viele steuerliche Vorteile von Privatstiftungen seien in den letzten Jahren weggefallen. Isola: „Auch die Gesetzgebung und die Rechtsprechung der letzten Jahren kann man nur als stiftungsfeindlich bezeichnen.“ Die Anzahl der Privatstiftungs-Neugründungen sei aufgrund der häufigen Änderungen der Rahmenbedingungen und der damit verbundenen Verunsicherung potenzieller Stifter massiv zurückgegangen. „Während klar ist, dass die Einbringung von Vermögen in eine Privatstiftung wenig zweckmäßig erscheint“, so Isola abschließend, müsse man sich mit Ratschlägen für Alternativen leider noch zurückhalten, solange kein konkretes Gesetzesänderungsvorhaben auf dem Tisch liegt.